

FDP Friedberg

"KEINE WINDKRAFTANLAGEN AM WINTERSTEIN! DEN TIEREN, DEN MENSCHEN, DER UMWELT ZULIEBE!" – FRIEDBERGER LIBERALE ERWANDERN DAS EINMALIGE NATURSCHUTZGEBIET

14.07.2020

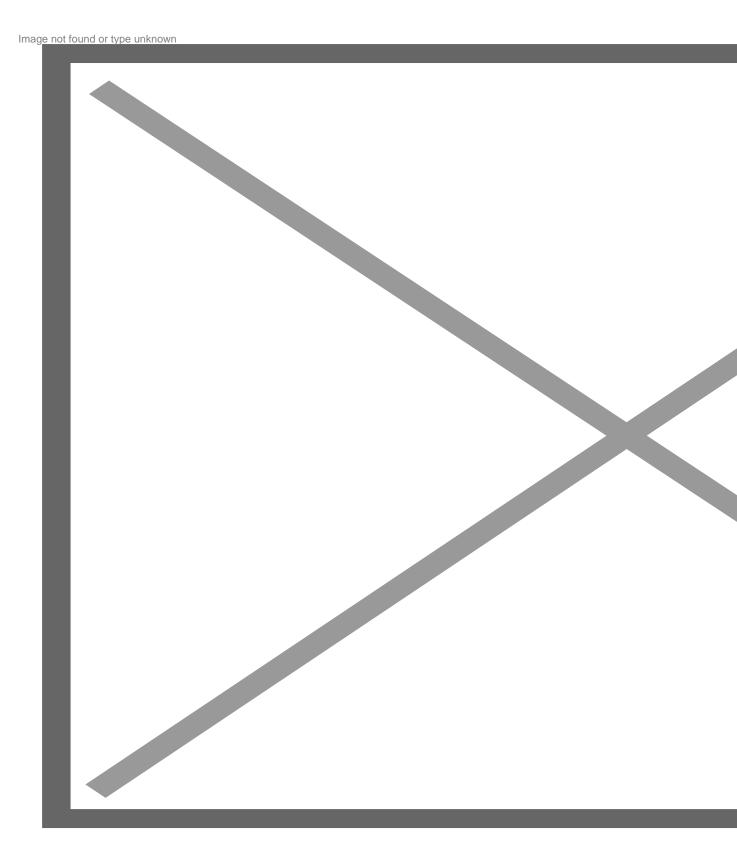
Eine Wanderung über den Winterstein hat die Friedberger FDP mit Gästen unternommen. Dort plant die hessische Landesregierung den Bau von bis zu 15 Windkraftwerken. Unter der Leitung des engagierten Naturschützers Klaus Heinold erkundeten die Liberalen aus der Kreisstadt die einmalige Natur- und Waldlandschaft des Wintersteins. Begleitet wurden sie dabei von Mitgliedern der Wehrheimer Bürgerinitiative gegen den Bau der Anlagen mit ihrem Sprecher Andreas Funke. "Wer beim Thema 'Windenergie' von harmlosen "Windrädern" und romantischen Windparks" spricht, der verschweigt, dass es sich in Wahrheit um Industrieanlagen handelt, die sich im wörtlichen Sinn tief in den Wald eingraben", resümierte der Fraktionsvorsitzende der FDP in der Stadtverordnetenversammlung, Achim Güssgen-Ackva, nach der Wanderung. "Der Winterstein ist für die Region ein einzigartiges Juwel, das es zu bewahren gilt." Klaus Heinold, der den Winterstein in- und auswendig kennt, erklärte im Verlauf der Wanderung nicht allein den Baumbestand, der auch ohne Windkraftanlagen durchaus vor Herausforderungen steht. Er flocht immer wieder auch Hinweise zur Tier- und Pflanzenwelt ein, die deutlich machten, warum das Gebiet nicht einer industriellen Nutzung zum Opfer fallen darf. Geht es aber nach den Plänen der von den Grünen faktisch geführten hessischen Landesregierung, wird sich das Juwel bald in ein Stück Beton verwandeln. "Angeblich sollen nach den derzeit vorliegenden Plänen nur drei Windkraftanlagen gebaut werden. Aber das wäre nur der Anfang. Geht es nach den Grünen, sollen mindestens zehn, wenn nicht fünfzehn Anlagen entstehen – und ich



fürchte, die CDU wird wider jede Vernunft auch dabei mitmachen", warnte Güssgen-Ackva.

Die Kreisstadt-FDP hat sich beim Thema "Windenergie" eindeutig positioniert und spricht sich gegen den Bau der Anlagen auf dem Winterstein aus. "Es würde eine einmalige Landschaft verschwinden, die Tierwelt würde wichtige Nist- und Rückzugsgebiete verlieren, wertvolle Bäume und Pflanzen würden dauerhaft vernichtet, das Kleinklima würde nachhaltig gestört" so Güssgen-Ackva. Es sei schlicht unwahr, wenn von der Windkraftlobby behauptet werde, dass die Eingriffe in die Landschaft beherrschbar seien. Allein für die Baustraßen, die zu jeder einzelnen Anlage führten, müssten schwerste Maschinen eingesetzt werden, alter Baumbestand würde nicht allein für die Windkraftanlagen selbst, sondern auch bereits für die Baustraßen gefällt. "Im Ergebnis werden Schneisen von der Größe eines Fußballplatzes nur für die Anlagen selbst in den Wald geschlagen," ergänzt Dr. Markus A. Schmidt, der Stellvertretende Vorsitzende der Friedberger Freidemokraten. "Für jede Anlage müssen mindestens 3.500 Tonnen Stahl und Beton im Boden versenkt werden, die mit höchster Wahrscheinlichkeit auf ewig im Boden verbleiben. Unter Umständen kommen noch weitere Betonsockel mit bis zu 15 Metern Tiefe hinzu" so Schmidt. Der Platzbedarf einer einzigen Anlage betrage 380 m² für das Fundament sowie 1800 m² für den Kranstellplatz während der Bauzeit. Dies gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Deutschen Bundestag hervor. "Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bevölkerung zunehmend gegen den Ausbau der Windenergie wehrt und umweltschonende Alternativen einfordert, um den Energiebedarf zu decken und gleichzeitig das Klima zu schützen" so Güssgen-Ackva. "Doch statt die Kritik der Bürger ernst zu nehmen, setzen sich die politischen Verantwortungsträger aus Angst vor einem vermeintlich grünen Mainstream über sie hinweg und haben jüngst Waldgebiete für ihre Ausbaupläne in den Blick genommen, die sich oft ohnehin in staatlichen Händen befinden" ärgert sich Schmidt.

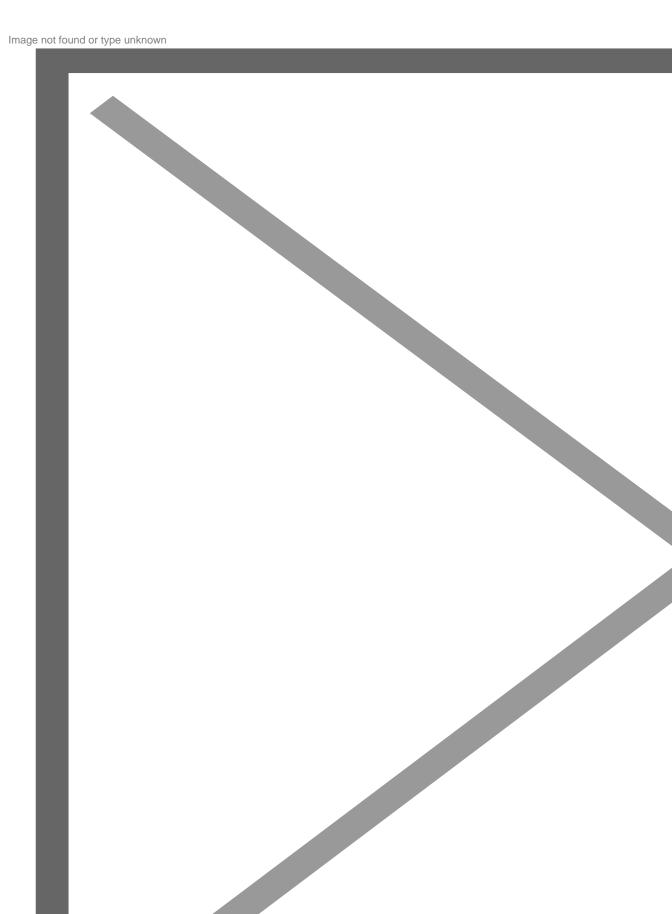






Angesichts der Pläne der Bundesregierung, den Anteil regenerativer Energiequellen bis 2030 auf 65 % zu steigern, bleibe völlig schleierhaft, wie man den Industriestandort Deutschland in Zukunft gestalten wolle. "Schon der Corona-Virus führt zu erheblichen Veränderungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Wie soll das erst werden, wenn man den in den Schlüsselindustrien arbeitenden Menschen im wörtlichen Sinne den Strom abdreht und sie in Arbeitslosigkeit stürzt, weil man vor allem auf Sonne und Wind setzt" so Güssgen-Ackva. "Statt eine Vernichtung des Waldes zu betreiben, sollten wir alles tun, um den Wald zu stärken. Wälder wirken in einer Zeit der Erwärmung wie Kühlaggregate. Dort, wo Fichten einem Sturm oder der Trockenheit zum Opfer gefallen sind, muss eine Aufforstung mit robusteren Sorten erfolgen. Wer mit dem Wald zu tun hat, der darf nicht kurzfristig denken, sondern muss in der Lage sein, generationenübergreifend zu planen" fordert Güssgen-Ackva. Dieses Denken sei leider bei grün-schwarz-roten Politikern, die den Wald für Windkraftanlagen abholzen wollen, nicht verbreitet. Wer den industriellen Bau von Windkraftanlagen in den Wäldern plane und sich als Naturschützer ausgebe, der handele nicht redlich.







"Wir brauchen eine ideologiefreie Energiepolitik, die wirklich auf einen effizienten Energiemix setzt. Eine auf Windkraft konzentrierte Politik führt zu steigenden Strom- und Energiepreisen, aber nicht zu einer Senkung der CO2-Emissionen. Die Zerstörung von Wäldern, Natur und Artenvielfalt ist kein kluger Klimaschutz", ergänzt Dr. Schmidt. und zitiert am Ende der Wanderung den Schriftsteller Botho Strauß, der den Bau der Windindustrieanlagen sehr treffend beschrieben habe: "Eine brutalere Zerstörung der Landschaft, als sie mit Windkrafträdern zu spicken und zu verriegeln, hat zuvor keine Phase der Industrialisierung verursacht. Es ist die Auslöschung aller Dichter-Blicke der deutschen Literatur von Hölderlin bis Bobrowski. Eine schonungslosere Ausbeute der Natur lässt sich kaum denken." Es ist nach Auffassung der FDP dringend an der Zeit, den Windwahnsinn zu stoppen!